

952 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XV. GP

Bericht

des Finanz- und Budgetausschusses

über den Antrag der Abgeordneten Dr. Mock und Genossen betreffend ein Bundesgesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes 1972, BGBl. Nr. 440/1972, zuletzt in der Fassung BGBl. Nr. 563/1980 (102/A)

Die Abgeordneten Dr. Mock, Graf, Dr. Kohlmaier, Dkfm. Dr. Keimel, Ing. Gassner und Genossen haben in der Sitzung des Nationalrates am 19. März 1981 den obgenannten Initiativantrag eingebracht.

Durch diesen Initiativantrag soll das Einkommensteuergesetz 1972 abgeändert werden. In der Begründung wird hiezu unter anderem ausgeführt:

Ziel des Initiativantrages ist es, neben der Anpassung der Absatzbeträge auch eine verstärkte Korrektur des Steuertarifes vorzunehmen, um zu verhindern, daß Einkommen im heurigen und in den kommenden Jahren in Progressionsstufen hineinwachsen, die ursprünglich niemals für sie vorgesehen waren. Mit vorliegendem Antrag werden Absatzbeträge und Steuertarif zumindest teilweise an die seit 1975 eingetretene Geldentwertung angepaßt.

Zur Verhinderung sich verstärkender Realeinkommensverluste vor allem bei einkommensschwächeren Bevölkerungsgruppen sieht der Antrag die Auszahlung einer Vorleistung in Höhe von 500 S für die Steuerpflichtigen mit Wirksamkeit 1. Jänner 1981 vor.

Durch die Vornahme einer Steuerentlastung mit Wirkung 1. Jänner 1982 verbunden mit einer Vorleistung 1. Juli 1981 soll ein mögliches Ingangsetzen einer Lohn-Preisspirale verhindert und die Basis für die der schwierigen Wirtschaftssituation entsprechende verantwortungsbewusste Einkommenspolitik der Sozialpartner verbessert werden.

Durch diesen Antrag entstünden im heurigen Jahr bei der Lohn- und Einkommensteuer Minder-

einnahmen von etwas mehr als 1 Mrd. S. Diese wären durch die Mehreinnahmen an Mehrwertsteuer aufgrund der jüngsten Erhöhung des Benzinpreises (cirka 400 Mio. S) sowie durch Kürzung der Ermessensausgaben, insbesondere der direkten Subventionen, zu bedecken.

Im nächsten Jahr entstünde durch den vorliegenden Antrag keine Steuerausfall; es würde aber eine automatische inflationsbedingte Steuererhöhung im Ausmaß von rund 9 Mrd. verhindert, worauf bei der Erstellung des Budgets 1982 Rücksicht zu nehmen wäre.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat den Antrag in seiner Sitzung am 6. November 1981 in Verhandlung genommen und beschlossen zur Vorbehandlung desselben sowie der Regierungsvorlage betreffend das Abgabenänderungsgesetz 1981 (850 der Beilagen) einen Unterausschuß einzusetzen. Diesem Unterausschuß gehörten von der Sozialistischen Partei Österreichs die Abgeordneten Czetel, Mühlbacher (Obmann), Dr. Nowotny, Prechtl, Dr. Erich Schmidt und Teschl, von der Österreichischen Volkspartei die Abgeordneten Dr. Feurstein, Dkfm. Dr. Keimel (Obmannstellvertreter), Kern, Dr. Schüssel und Dkfm. Dr. Steidl sowie von der Freiheitlichen Partei Österreichs der Abgeordnete Dkfm. Bauer (Schriftführer) an. Als Berichterstatter im Ausschuß fungierte Abgeordneter Koppensteiner.

Der Unterausschuß hat die Verhandlungsgegenstände außer in seiner konstituierenden Sitzung am 6. November 1981 am 24. November unter Beiziehung von Sachverständigen beraten.

Der Unterausschußobmann Abgeordneter Mühlbacher berichtete dem Finanz- und Budgetausschuß in seiner Sitzung am 11. Dezember 1981 über die gesamten Unterausschußberatungen und stellte fest, daß im Unterausschuß über den Initiativantrag 102/A kein Einvernehmen erzielt wer-

2

952 der Beilagen

den konnte. An der daran anschließenden Debatte beteiligten sich außer dem Berichterstatter die Abgeordneten Dkfm. Dr. Keimel, Dkfm. Bauer, Dkfm. Dr. Steidl, Kern, Dr. Schüssel, Dr. Hauser, Koppensteiner, Dr. Feurstein und Hietl sowie der Bundesminister für Finanzen Dr. Salcher.

Bei der Abstimmung fand der im Initiativantrag enthaltene Gesetzentwurf nicht die Zustimmung der Ausschlußmehrheit.

Zum Berichterstatter für den Nationalrat wurde Abgeordneter Pfeifer gewählt.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, 1981 12 11

Pfeifer
Berichterstatter

Mühlbacher
Obmann